



NACHRICHTEN

Mitteilungsblatt der Vereinigung
Deutscher Fernmeldetechniker Post (BfT) e.V.

1966

FEBRUAR

Nr. 2

VERBESSERUNG DER BEFÖRDERUNGSMÖGLICHKEITEN IM MITTLEREN TECHNISCHEN DIENST

Wir erhielten vom Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen folgendes Schreiben, das wir im gleichen Wortlaut wiedergeben:

An die Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post (BfT) e. V., 6 Frankfurt 1, Postfach 2032

Zu Ihrem Schreiben vom 4. 9. 1965

Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten im mittleren technischen Dienst

Sehr geehrte Herren!

Der Deutsche Bundestag hat mit Beschluß vom 28. 6. 1957 für den mittleren technischen Dienst einen Planstellen-schlüssel im Verhältnis der BesGr A 5; A 6; A 7; A 8 = 25; 50; 15; 10 v. H. festgelegt. Diesem Beschluß habe ich mit Zustimmung des Herrn Bundesministers der Finanzen bei der Gestaltung der Stellenpläne der früheren Rj. nicht nur weitestgehend entsprochen, sondern zur Schaffung zusätzlicher Beförderungsmöglichkeiten den bei der BesGr A 7 vorgesehenen Stellenansatz von 15,0 v. H. auf 18,9 v. H. zu Lasten der BesGr A 5 erweitert.

Im Zuge der Harmonisierung der Stellenpläne und des daraus resultierenden Nachtragshaushalts 1965 wurde diese Begünstigung mit Rücksicht auf den früheren Entwurf des Vorschaltgesetzes, wonach für alle Laufbahnen des mittleren Dienstes nur noch ein einheitlicher Stellen-schlüssel vorgesehen ist, eingeschränkt. Der nach den Vorstellungen und Anträgen des Verwaltungsrats der Deutschen Bundespost für den Bereich meiner Außenverwaltung entwickelte 3-Stufenplan berücksichtigt jedoch im Gegensatz dazu auch die Struktur der einzelnen Laufbahnen und führt - bei Durchführung des Gesamtplanes - zu folgendem Ergebnis:

	<u>technisch</u>	<u>nichttechnisch</u> (männlich)	<u>nichttechnisch</u> (weiblich)
BesGr.			
A 8:	22,0 v. H.	20,0 v. H.	20,0 v. H.
A 7:	43,0 v. H.	40,0 v. H.	40,0 v. H.
A 6:	25,0 v. H.	30,0 v. H.	25,0 v. H.
A 5:	10,0 v. H.	10,0 v. H.	15,0 v. H.

Daraus ergibt sich in den Spitzenstellungen des mittleren technischen Dienstes eine Besserstellung um 5,0 v. H. gegenüber den nichttechnischen Laufbahnen sowie eine Zuwachsrate von 36,1 v. H. bezogen auf den Haushalt 1965 (ohne Nachtrag). Inwieweit darüber hinaus zu einem späteren Zeitpunkt eine Verbesserung in der von Ihnen angestrebten Form möglich sein wird, vermag ich gegenwärtig noch nicht zu beurteilen. Ich darf Ihnen aber versichern, dass ich den berechtigten Belangen der Beamten des mittleren technischen Dienstes auch künftig mein besonderes Interesse zuwenden und bemüht sein werde, die Voraussetzungen für ihre leistungsgerechte Besoldung durch Ausbringung entsprechender Planstellen zu erreichen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrag
gez. Schneider

PLANSTELLENZUWEISUNG IM NACHTRAGSHAUSHALT 1965

Das Schreiben des Verwaltungsrat der Deutschen Bundespost geben wir im gleichen Wortlaut wieder:

An die Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post (BfT) e. V., Hauptvorstand, 6 Frankfurt 1, Postfach 2032

Ihr Schreiben vom 4. 9. 1965

Planstellenzuweisung im Nachtragshaushalt 1965

Sehr geehrte Herren!

Mit großem Interesse las ich Ihre Stellungnahme über die Auswirkungen der Beförderungsaktion für den mittleren technischen Dienst auf Grund des vom Verwaltungsrat der Deutschen Bundespost beschlossenen Nachtragshaushalts 1965. In meinem Schreiben v. 10. 4. 1965 verwies ich bereits darauf, daß der Verwaltungsrat in der Sitzung v. 31. 3. 65 einen Dreistufen-Plan beschlossen hat, der im Nachtragshaushalt 1965 u. i. d. Voranschlägen 1966 u. 1967 verwirklicht werden soll. Im Dezember beginnen die Haushaltsberatungen. Dabei wird der Verwaltungsrat bei den Beratungen über d. Stellenplan 66 zumindest auf der Verwirklichung seiner Forderungen im Sinne d. Gesamtplanes mit allem Nachdruck bestehen.

Hierzu wird Ihre Eingabe als Material hinzugezogen und mitberaten. Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Neuburger

DER AUSVERKAUF

Es ist bekannt, dass im Cft-Dienst mehrere tausend Ingenieure fehlen.

Von diesen freien Dienstposten sind ca. 1500 mit Bft-Beamten besetzt. Nach unserer Meinung verrichten diese Beamten hier ihre Tätigkeit zur vollsten Zufriedenheit der Verwaltung. Der VDPI hat im letzten Jahr in seiner Zeitschrift jedoch anderes behauptet. Im Gegensatz hierzu möchten wir darauf hinweisen, dass es im Cft-Dienst eine ganze Menge Dienstposten gibt, die nach den Erfahrungen der letzten 10 Jahre schon in die Laufbahn des Bft-Dienstes hätten umbewertet werden müssen. Die Grenzen der Laufbahn des Bft- und des Cft-Dienstes waren schon längst den tatsächlichen Notwendigkeiten und Gepflogenheiten anzupassen.

Statt dessen wird immer lauter verkündet, dass der Fehlbestand an Ing. sich dauernd erhöht. Es wird angenommen, mit dieser Tatsache finanzielle und sonstige Forderungen besser durchsetzen zu können. Man kann sich auch manchmal des Eindrucks nicht erwehren, dass dieser Fehlbestand künstlich etwas hochgehalten wird. Solange die Forderungen und die Begründungen einigermaßen glaubwürdig und vernünftig sind, wird sich mit dieser Methode sicherlich etwas erreichen lassen. Nur wenn bezweifelt werden muss, dass man mit einem so grossen Unterbestand an Kräften trotzdem noch so ausgezeichnete Arbeit leisten kann, wird man langsam aber sicher unglaublich und solches schadet einer Laufbahn mehr als es nützt. Wenn man davon ausgeht, dass die Arbeit, die durch die unbesetzten Cft-Dienstposten aufkommt wirklich nicht verrichtet wird, so hätte der gesamte fernmeldetechnische Dienst schon längst zusammenbrechen müssen. Eine ganze Menge dieser aufkommenden Arbeiten wird jedoch von anderen Kräften, die nicht auf diesen Dienstposten in Erscheinung treten, mitverrichtet. Hiermit ist gemeint, dass z. B. Bft-Kräfte mit Tätigkeiten beschäftigt werden, die eindeutig Cft-Tätigkeiten sind, diese Kräfte aber nicht auf Dienstposten Cft geführt werden. Es besteht bei den Ämtern eine grosse Zurückhaltung Bft-Beamte offiziell und in jedem Falle auf Cft-Dienstposten zu führen. Dem BPM sind diese Umstände sicherlich nicht bekannt. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass die Verwaltung von sich aus Maßnahmen ergreift, die eine vermutlich auf sie zukommende Katastrophe im fernmeldetechnischen Dienst zu verhindern sucht. Eine der Maßnahmen der jüngsten Zeit, ist die Förderung des Aufstieges vom Bft- zum Cft-Dienst. Aber das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn man diesen Aufstieg einigen tausend fehlenden Ing. gegenüberstellt. Das BPM weiß dies ebenfalls. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass man Wege sucht, die freien Cft-Dienstposten anderweitig zu besetzen.

Wenn man nicht genügend laufbahnmässig vorgebildete Kräfte besitzt, so kann man doch die Dienstposten mit laufbahnfremden Beamten besetzen, insbesondere dann, wenn es bei der Verwaltung C-Laufbahnen gibt, die zum Überlaufen voll sind. In der Laufbahn der Postinspektoren

besteht schon seit einiger Zeit ein großes Überangebot. Nicht zuletzt deshalb, weil der Aufstieg im Postdienst unvergleichbar einfacher ist als im technischen Dienst. Mehr und mehr Postinspektoren und Postinspektorinnen wandern deshalb zu den Fernmeldeämtern ab, und besetzen hier nicht nur CF-Dienstposten, sondern auch immer mehr Cft-Dienstposten.

Diese letzte Maßnahme halten wir in fast allen Fällen für ungeeignet. Wir können uns der Erkenntnis nicht erwehren, dass man bei gewissen Stellen glaubt, C-Beamter sei C-Beamter. Man ist dann wenigstens bei der Besetzung der Dienstposten innerhalb der C-Laufbahnen geblieben. Diese, so in den Cft-Dienst gelangten Beamten, erheben selbstverständlich auch Anspruch auf Beförderung in die Spitzenstellung der Cft-Laufbahn. Man kann diese Kräfte, wenn man endlich Geeigneter dafür findet, nicht einfach wieder abschieben. Schon aus diesem rein menschlichen Grunde wäre es ratsam, sich dieses Problem etwas genauer zu überlegen. Warum verzichtet der Cft-Dienst von sich aus nicht auf eine Anzahl von Dienstposten, die ohnehin, auf Grund der Vor- und Ausbildung und der grossen Betriebserfahrung eines Beamten der Beförderungsbefoldungsgruppe A 8 mit einer Bft-Kraft richtiger besetzt wäre?

Damit könnte ein Teil der freien Cft-Dienstposten, vor allem von der fachlichen Seite aus, richtig besetzt werden. Und darauf kommt es doch letztlich an. Die anstehende besoldungsmässige Verzahnung löst dieses Problem keinesfalls. Dieses Problem hätte bestenfalls durch eine laufbahnmässige Verzahnung gelöst werden können. Man hat sich aber bereits für eine besoldungsmässige Verzahnung entschieden. Somit bleibt dieses angesprochene Problem weiter zum Nachteil der Betroffenen bestehen. Die oben angeführten Bft-Beamten auf Cft-Dienstposten haben hiervon keinen Nutzen. Und es gibt deshalb für den Bft-Dienst nicht eine Planstelle mehr. Wenn schon ein Beamter auf einem Cft-Dienstposten nach A 8 befördert wird, so muss deshalb ein anderer Bft-Beamter zurücktreten. Einige Ämter halten sogar extra einen Dienstposten im Bft-Dienst für den Fall bereit, dass der Beamte Bft den Dienstposten Cft eines Tages freimachen muss. Die Arbeit des freigehaltenen Dienstpostens muss aber auch getan werden. Dies führt also zu einer neuen Ungerechtigkeit gegenüber der Kraft, die diese Arbeit zu verrichten hat.

Der prüfungslose Aufstieg wird wegen des Widerstandes der Cft-Laufbahn nicht durchgesetzt werden können, obwohl die Cft-Beamten den prüfungslosen Aufstieg für sich selbst in Anspruch nehmen.

Eine Angleichung der Aufstiegsforderungen an die des Postdienstes wird auch noch lange auf sich warten lassen, wenn sie überhaupt kommt.

Von keiner anderen Laufbahn arbeiten so viele Kräfte in der nächsthöheren Laufbahn wie im Bft-Dienst. Daraus muss man doch endlich erkennen, dass eine genaue Trennung zwischen diesen beiden Laufbahnen gar nicht möglich erscheint. Hier könnte einzig und allein eine Technikerlaufbahn helfen, welche die Besoldungsgruppen von A 7 bis A 10 überstreicht.

Eine andere Erkenntnis könnte auch gezogen werden. Wenn eine so grosse Zahl von Bft-Kräften die Arbeit auf Cft-Dienstposten verrichten kann liegt doch der Gedanke nahe, dass mit der Bewertung vielleicht etwas nicht stimmt.

Wenn man schon mit dem Ausverkauf einer Laufbahn beginnt, so sollte man allen ein Angebot machen. Sicherlich gibt es auch Cft-Tätigkeiten zu vergeben. Aber bei allem was man tut, sollte man gerecht verfahren und denen den gerechten Lohn zukommen lassen, die in der Vergangenheit die Arbeit verrichtet haben und auch in Zukunft weiterhin verrichten müssen.

Karl Fischer
Frankfurt am Main

10 Jahre VEREINIGUNG DEUTSCHER FERNMELDETECH- NIKER POST (Bft) IN UELZEN

Vor 10 Jahren, am 6. Dezember 1955, fand auf Anregung des Kollegen Havemann die erste Versammlung in Uelzen statt.

19 Kollegen waren der Einladung gefolgt und wählten, wie konnte es anders sein, den Kollegen Havemann zum ersten Vorsitzenden.

Bisher haben 109 Versammlungen stattgefunden. Es wurden Probleme des mittleren technischen Fernmeldedienstes besprochen und diskutiert. Ob es um allgemeine Fragen, Fragen der Ausbildung, der Besoldung usw. ging, immer beteiligten sich die Kollegen eifrig und interessiert an den Diskussionen.

Es wurden zahlreiche techn. Vorträge veranstaltet. Aber auch der persönliche Kontakt unter den Kollegen wurde weitgehend gefördert.

Einmal im Jahr hatte die Geselligkeit das Wort und bei diesen Veranstaltungen waren zumeist die Ehefrauen der Kollegen mit anwesend.

So wurde z.B. die 100. Versammlung in würdiger Form begangen.

Am 7.12.1965 fand nun das 10jährige Bestehen statt. Rückblickend muss gesagt werden, die Bft-Vereinigung (Vereinigung Fernmeldetechniker Post) hat sich in Uelzen bewährt. Wenn auch einige Kollegen abseits stehen, so ist doch erfreulicherweise der größere Teil unserer Kollegen bereit, an einer guten Sache mitzuarbeiten.

Hier kann man nur hinzufügen:

Weiterhin alles Gute für die
nächsten 10 Jahre.

Kollege Havemann
Ehrenvorsitzender

DER VEREINIGUNG DEUTSCHER FERNMELDETECH-
NIKER POST (Bft) UELZEN.

Nachdem Kollege Havemann sich während seiner 10jährigen Tätigkeit als 1. Vorsitzender der Vereinigung große Verdienste erworben hat, wurde er anlässlich

des 10jährigen Bestehens einstimmig zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

In einer eindrucksvollen, einmaligen Feierstunde in der Kantine des FA Uelzen wurde der Kollege

TFHS Hans-Wilhelm Havemann

in den wohlverdienten Ruhestand versetzt. Der Amtsvorsteher Dipl. Ing. Oberpostrat Witte würdigte nochmals die vielen, vielen Verdienste des Kollegen Havemann. Abteilungsleiter, Stellenvorsteher, Personalrat, Vertreter der Bft-Vereinigung und des Berufsverbandes fehlten natürlich nicht um dem Kollegen Havemann alles Gute im Kreise seiner Familie zu wünschen und ihm Erinnerungsgeschenke zu überreichen.

NEUER VORSTAND in Uelzen

Ehrenvorsitzender:

TFHS a.D. Hans-Wilhelm Havemann, Uelzen

1. Vorsitzender:

TFOS Herbert Sembritzki, Lüchow

2. Vorsitzender:

TFHS Alfred Wöllmann, Uelzen

Kassenwart:

TFHS Heinz Steinmeier, Uelzen

1. Schriftführer:

TFS Helmut Deppe, Ebstorf

2. Schriftführer:

TFOS Heinrich Rehse, Uelzen

AUS DEM VORSTAND

(Bezirk Frankfurt am Main)

Der Vorstand ist in seiner Sitzung am 13. Januar 1966 übereingekommen, die seitherige Form und Art der Jubiläumsgabe bei vollendeter 25- und 40-jähriger Dienstzeit zu ändern und den gegebenen Möglichkeiten anzupassen.

Zur Intensivierung der Arbeit in unserem Bezirk wurde eine Arbeitsgemeinschaft interessierter Kollegen gebildet, die erfolgversprechend erscheint.

Der Arbeitskreis trifft sich jeweils am 2. und 4. Dienstag jeden Monats um 16.30 Uhr im Unterrichtsraum der zHv. des FA 1.

Die Teilnahme ist zwanglos und steht jedem Kollegen offen.

Wir bitten alle Kollegen sich für diesen Arbeitskreis zu interessieren und daran teilzunehmen.

PERSÖNLICHES

In den wohlverdienten Ruhestand wurden versetzt die Kollegen:

Karl Faiss, TFHS, beim FBA Stuttgart,

Reinhold Hahn, TFOS beim FBA Stuttgart,

Emil Zimmermann, TFOS beim FA 2 Stuttgart.

Diesen Kollegen wünschen wir für ihren künftigen Lebensweg alles Gute, beste Gesundheit und einen geruhigen Lebensabend.

Wie wir leider erst jetzt erfahren konnten, hat der oben bereits erwähnte Kollege Karl Faiss am 7. Juli 1963 auf eine 40jährige Dienstzeit zurückblicken können.

Wir bedauern, dass der Bezirksvorstand von dem seinerzeitigen Ereignis keine Kenntnis erhielt und es somit zu keiner Veröffentlichung im Mitteilungsblatt kommen konnte.

Den Kollegen Faiss bitten wir deshalb herzlich, unsere besten Wünsche zu seinem damaligen Ehrentage noch nachträglich entgegen zu nehmen.

Die Kollegen TFOS Werner Haese und
TFOS Alfred Karg,

beide bisher FA Uelzen, haben die Eignungsfeststellung für den CF- bzw. Cft-Dienst bestanden.

Für ihren weiteren Berufsweg wünschen wir Ihnen viel Glück und vollen Erfolg.

Eine 40jährige Dienstzeit konnten die Kollegen Friedrich Panthel und Adolf Schickedanz am 1. Februar 1966 beim FA 1 Ffm vollenden.

Im Namen der Kollegen unserer Vereinigung wurden den Jubilaren alle guten Wünsche übermittelt und ihre Treue zur Vereinigung besonders gewürdigt.

NÄCHSTER REDAKTIONSSCHLUSS: 20. März 1966

Herausgeber:

Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post
(Bft) e. V.,
Hauptvorstand
6 Frankfurt/Main 1, Postfach 3104.

Redaktion:

Josef Schumschal, Schriftführung,
Adolf Schmauder, Kassenführung,
7 Stuttgart 1, Postfach 1326
Postscheckkonto Stgt 937 00.

Gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der V. D. F. P. dar.

Druck:

VERLAG WAGNER
7 Stuttgart-S, Neue Weinsteige 48,
Ruf 23 29 03.

WISSENSWERTES

GESUNDHEITZUSTAND DER JUGEND - BEDEUTUNG DES SPORTS FÜR DIE GE- SUNDHEIT

Wie die Bundesregierung in ihrem unlängst dem Bundestag vorgelegten Jugendbericht ausführte, haben sich zwar die persönlichen und sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik weit über den Stand vor dem Kriege hinaus verbessert, gleichzeitig sind aber neue Belastungen entstanden, so Überernährung, bequeme Lebensführung, Mangel an Bewegung, Überbeanspruchung in der durch Rationalisierung und Technik bestimmten Umwelt.

Im allgemeinen gilt zwar: Im Durchschnitt sind Kinder und Jugendliche gut ernährt und gesund. Neu aber sind einige funktionelle Störungen, die gemeinhin nicht als Krankheiten gelten, jedoch als Symptome für mangelhaftes Angepaßtsein gewertet werden müssen. Die von Technik und Rationalisierung bestimmten modernen Lebensverhältnisse belasten die Psyche und den Organismus schon der Kinder und Jugendlichen über das Maß hinaus, das sie zu leisten vermögen, ohne Schaden zu nehmen.

Die gesundheitlichen Probleme entstehen also im allgemeinen nicht, weil Herz und Kreislauf bei der Arbeit bzw. beim Sport überlastet würden. Sie sind vielmehr die Folgen von zu wenig körperlicher Arbeit und Übung. Mangel an körperlicher Arbeit und körperlicher Übung führt zu kleinen und leistungsschwachen Herzen.

Die Jugendlichen gleichen die mangelnde bzw. einseitige körperliche Anstrengung und Bewegung nicht genügend aus. Man schätzt zuverlässig, dass heute kaum mehr als 20 v. H. aller Jugendlichen gesundheitlich ausreichenden Sport treiben.

Bei den übrigen muss mit einer mehr oder weniger starken Verkümmern der nicht genügend beanspruchten Organe gerechnet werden. Das alles mag für den Augenblick wenig gefährdend erscheinen. Mit fortschreitendem Alter aber wirkt es sich um so mehr auf die Herz- und Kreislaufgesundheit, auf die Berufs- und Erwerbstätigkeit und allgemein auf die Lebenserwartung aus.

* * * *

Die Bezirksvereinigungen werden gebeten, die Anschriften ihres Bezirksvorstandes (1. Vorstand, 2. Vorstand, 1. Schriftführer, 2. Schriftführer, Kassier) anzugeben, damit wir diese im

nächsten Mitteilungsblatt

veröffentlichen können.



NACHRICHTEN

Mitteilungsblatt der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post (BfT)e.V.

1966

A P R I L

Nr. 2

GESCHICHTLICHER RÜCKBLICK DER BFT-LAUFBAHN VON 1878 BIS HEUTE

Der erste Telegraphenhilfsmechaniker wurde am 15. 10. 1878 bei der "Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung" eingestellt.

Im Jahre 1890 erfolgte die erste Planstellenzuweisung für 19 Telegraphenmechaniker.

Von den damaligen Telegraphenmechanikern wurde im Jahre 1899 der "Bund mittlerer technischer Reichs-Telegraphenbeamten EV" mit dem Sitz in Berlin gegründet. Die Verteilung der weiteren Planstellen im Laufe der Jahre setzte sich wie folgt zusammen:

Jahr	Telegraphenmechaniker	Lagerverwalter
1900	180	1
1905	313	48
1909	567	53
1914	689	57
1919	808	94

Das Jahr 1920 brachte eine neue Besoldungsordnung, die bis zum Jahr 1927 dauerte. Sie brachte für den BfT-Dienst neue Amtsbezeichnungen:

Telegraphenwerkführer, Bes. Gr. V und
Telegraphenwerkmeister, Bes. Gr. VI.

Im Jahr 1922 wurde eine neue Spitzenstellung geschaffen, den Telegraphenoberwerkmeister, Bes. Gr. VII. Anfangs nur erreichbar durch eine Prüfung. Die Beamten gehörten trotz ihrer Einstufung in die Bes. Gr. VII dem mittleren Dienst an. Das entsprach dem von 1920 bis 1927 geltenden Grundsatz "Verzahnung" des Übergreifens der Spitzenstellung einer Laufbahn in die Anfangsstellung der nächst höheren Laufbahn.

Im Jahr 1927 erfolgte wieder eine neue Besoldungsordnung. Der mittlere technische Dienst wurde wie folgt eingestuft:

Telegraphenwerkführer, Bes. Gr. A 8a,
828 Planstellen
Telegraphenwerkmeister, Bes. Gr. A 6,
732 Planstellen
Telegraphenoberwerkmeister, Bes. Gr. A 5,
377 Planstellen.

Vor Kriegsende im Jahr 1944 waren:

3089 Planstellen für Twf,
2303 Planstellen für Twm,
838 Planstellen für TOwm

vorhanden.

Nach dem Kriege wurden die Laufbahnen des Aft- und

Bft-Dienstes neu geordnet, sowie die Amtsbezeichnungen geändert. Ausserdem ging man von der bisherigen Dreistufigkeit im Laufbahnaufbau ab und führte mit dem Technischen Fernmeldehaupteckretär als vierte Gruppe eine neue Spitzenstellung in der mittleren und fernmeldetechnischen Laufbahn ein.

Die Laufbahn für den mittleren technischen Dienst besteht schon über 85 Jahre. Bei allen damaligen Neuerungen, sei es die Vermittlungstechnik OB, ZB und W-Amtsbetrieb, Verstärkereinrichtungen, Telegraphie, Großrundfunksender, Nebenstellenanlagen, Drahtfunk usw. haben unsere Kollegen die technischen Einrichtungen betreut. Schon bei den ersten Anfängen der ersten automatischen Fernsprechvermittlungstechnik in Deutschland haben die BfT-Kräfte ihren Mann gestanden. Am 10. Juli 1908 wurde in Hildesheim der erste automatische Ortsbetrieb aufgenommen. Anlässlich der 50. Wiederkehr dieses Tages fand am 9. Juli 1958 in der Rathaus-halle zu Hildesheim eine Feierstunde statt. Der Präsident Griem von der OPD Hannover begrüßte alle zur Feier erschienenen und freute sich besonders, dass der Telegraphenwerkmeister, Herr Maurer, der beim Aufbau dieses Amtes noch dabei war, an diesem Tage erscheinen konnte.

1909 war die Einrichtung der Fernsprechvermittlung München-Schwabing der erste Schritt zur Automatisierung eines großen Stadtnetzes in Europa.

1923, das Geburtsjahr der Fernwahltechnik, die mehrere Ortsgebiete vollautomatisch miteinander verbindet. Die bayerische Fernsprechnetzgruppe Weilheim ist das erste Fernwählnetz der Welt. Die Verstärker 22, 25, 27 (Einheitsverstärker) bis zum Verstärker 32 (Baukastenverstärker) wurden von unseren BfT-Kollegen betreut.

1933 wurde der Versuchsbetrieb Telex Berlin-Hamburg in Betrieb genommen. Mit Recht kann man sagen, dass der BfT-Dienst ungeheures geleistet hat. Die im Fernmeldedienst tätigen BfT-Beamten haben alle gestellten Aufgaben erfüllt. Vom Kristalldetektor bis zum heutigen Transistor oder von der Röhrenschaltung des Jahres 1926 bis zu den integrierten Schaltungen, daran erkennen wir, dass eine ungeheure Menge Wissen verarbeitet worden ist.

Ein weiterer Beweis sind die vielen betrieblichen Verbesserungsvorschläge in den letzten Jahren.

Nach dem 2. Weltkrieg wurden im Laufe der Jahre neue Techniken bei der Verwaltung eingeführt. Hier sei besonders erwähnt die erste Vermittlungsstelle mit Edelmetall-Motor-Drehwählern (EMD), die im Jahre 1954 in Betrieb genommen wurde. Dazu die automatische Prüfeinrichtung. Ein System, das in der Folge der Jahre für die gesamte Deutsche Bundespost grundlegend wurde.

Einführung der Elektronentechnik bei der Verwaltung

Es seien hier nur einige genannt:

Telegraphentechnik

a) Elektronische Funk-Fernschreibenanlagen mit automatischer Fehlerkorrektur (ELMUX),

b) Wechselstromtelegraphie- Technik WT 100 Fernsprechtechnik

a) 1962 fand die Inbetriebnahme des von der Fa. S & H aufgebauten ersten elektronisch gesteuerten Systems mit Magnetfeldkopplern in dem neu errichteten Postamt München Färbergraben statt.

b) Im Sommer 1963 ist in Stuttgart eine elektronisch gesteuerte Fernsprechvermittlungsstelle eingeschaltet worden, die im Auftrage der Deutschen Bundespost von der Fa. Standard Elektrik Lorenz AG als Versuchsanlage entwickelt und aufgebaut wurde. Sie wird von der Firma mit HE 60 als Abkürzung Hermetisch abgeschlossener Kontakt 1960 bezeichnet.

c) Am 13. 12. 1965 wurde in Frankfurt(M)-Eckenheim ein halbelektronisches Vermittlungssystem der Telefon- und Normalzeit GmbH in Betrieb genommen. T & N ist die dritte Firma in der Bundesrepublik, die ein halbelektronisches Amt entwickelt und aufgebaut hat.

Weiter wurde die elektronischen Datenverarbeitungsanlagen Ludwigshafen, Nürnberg, München usw. in Betrieb genommen.

Die genannten elektronischen Anlagen sind von Bft-Kräften besetzt. Die Kräfte sind in allen Fällen in der Lage, die Fehler einzugrenzen und zu beseitigen. Die bisher angefallenen Fehler wurden von den beschäftigten Bft-Kräften eingegrenzt und beseitigt.

Allerdings handelt es sich bei den hier eingesetzten Kräften um Spitzenkräfte, die ausserdem eine besondere Neigung für die Probleme der Elektronik zeigen.

Die Technik hat in den letzten Jahren einen so gewaltigen Aufschwung genommen, dass Änderungen in der Ausbildung und der Zulassung für den mittleren fernmeldetechnischen Dienst zwangsläufig notwendig wurden. Der richtige Ausweg war, die Zulassung auch solcher Berufsangehörigen, die nicht zu den seitherigen klassischen Berufen gehören. Die Aufgaben verlagern sich mehr und mehr von der rein praktischen Feinmechanik zur Elektrotechnik, Elektronik und Schaltungstechnik. Ein umfassendes theoretisches Wissen ist daher unerlässlich. Dabei muss trotzdem ein gewisses Maß an feinmechanischem Können vorhanden sein. Das heißt also mit anderen Worten, dass Kenntnisse in zwei Berufssparten erforderlich sind, nämlich die Fertigkeiten des Feinmechanikers mit gut handwerklichen Fähigkeiten und das theoretische Wissen des Fernmeldetechnikers.

Unseren jungen Nachwuchskräften muss das immer wieder vor Augen geführt werden, damit sie in der Ausbildungszeit und besonders in der freiwilligen Weiterbildung, die einfach unerlässlich ist, alle Möglichkeiten rechtzeitig erschöpfen.

Unsere Laufbahn hat in den 85 Jahren bewiesen, dass sie damals sowie heute ihren Mann steht.

Rudolf Klein, Darmstadt

AUS DER ARBEIT DES FÜNFER-AUSSCHUSSES

Für uns Stuttgarter Kollegen ist es schon seit nahezu zwei Jahren eine Selbstverständlichkeit, dass im Bildungswesen des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes einiges getan werden muss.

Wir haben auch bestimmte Vorstellungen, welcher Weg eingeschlagen werden sollte. In mühevoller Kleinarbeit wurde von uns ein Rahmenplan ausgearbeitet, der im April 1965 bei der ausserordentlichen Delegierten Versammlung beim HV in Frankfurt am Main vorgetragen und anschließend lebhaft diskutiert wurde.

Im Juni 1965 besprachen wir diese Probleme mit dem Stuttgarter Bezirksvorstand der DPG, Ausbildungsleiter der Fernmeldeschule und des Fernmeldebauamtes, waren ebenfalls anwesend.

Daß diese Besprechungen und Anregungen auf fruchtbaren Boden gefallen sind, sahen wir an den Vorschlägen des Hauptvorstandes der DPG an das BPM in demneu für den mittleren fernmeldetechnischen Dienst unter anderem der Einstieg in A 6 und als Spitzenstellung A 9 sowie eine Technikerzulage (75 % zur nächst höheren Besoldungsgruppe) gefordert wird.

In einer weiteren Besprechung im Herbst 1965 wurde mit zwei Vertretern des Kultusministeriums Baden-Württemberg (ein Regierungsdirektor als Vertreter der Aufbau- und Technikerschulen, und ein Regierungsrat als Vertreter der Volksschulen) wurde das künftige Schulwesen der Haupt-Aufbau-Techniker-Schulen besprochen.

Dabei kam klar zum Ausdruck, dass der Bildungsstand in den Hauptschulen gegenüber dem der bisherigen Volksschulen angehoben werden soll, aber keinesfalls daran gedacht ist, den Bildungsstand der Mittelschulen zu erreichen. Die Aufteilung der Hauptschulen in A- und B-Züge hat den Zweck, die Schüler entsprechend ihrer Veranlagung und Fähigkeit für das spätere Fortkommen zu bilden. Die A-Züge setzen sich aus Schülern zusammen, die eine größere Begabung für Deutsch, Math. und Fremdsprachen haben, denn im A-Zug wird eine Fremdsprache Pflichtfach und der Unterricht in Deutsch und Math. beträgt ebenfalls, wöchentlich mehr.

In den B-Zügen werden die mehr praktisch als theoretisch veranlagten Schüler zusammen gefasst, neben dem Übergang auf ein Gymnasium oder eine Mittelschule nach Abschluß der 4. oder 5. Volksschulklasse und bestandener Aufnahmeprüfung, gibt es für die Schüler der A-Züge und an Hauptschulen in Baden-Württemberg künftig zwei Möglichkeiten zur mittleren Reife zu gelangen.

1.) Nach Abschluss des 5. oder 6. Grundschuljahres kann der Schüler mit einer Durchschnittsnote bis 2,5 in den Hauptfächern in die Mittelschule überwechseln und dort in die 2. oder 3. Klasse übernommen werden. In diesem Fall hat der Schüler keinen zeitlichen Verlust. Er beendet nach insgesamt 10 mit Erfolg durchlaufenen Klassen seine Schulzeit mit dem Zeugnis der mittleren Reife.

2.) Der Schüler besucht nach 9 erfolgreich durchlaufenen Klassen der Grund- und Hauptschule eine Aufbauschule von zwei Jahren, in der neben den allgemein bildenden Fächern

Die erforderlichen Kenntnisse der mittleren Reife in Math., Deutsch und eine Fremdsprache beinhaltet sind. Ausserdem wird der Schüler in den Fächern Physik und Werkkunde mit dem grundsätzlichen Aufbau der verschiedenen Materialien vertraut gemacht. In der Werkstatt wird er über die Bearbeitung derselben unterrichtet und führt die Bearbeitung praktisch aus.

Der erfolgreiche Abschluß dieser Aufbauschulen (mittlere Fachschulreife) bedeutet für den Schüler wohl einen Verlust von einem Jahr, aber er hat dafür die Möglichkeit wie jeder andere Mittelschüler nach einer Praktikantenzeit von zwei Jahren mit dem Ing.-Studium zu beginnen.

Nach dieser Besprechung machen wir uns erneut Gedanken, wie können wir den Schülern des A-Zuges an den Hauptschulen bei uns im technischen Dienst die Möglichkeit geben:

- a) das Studium an einer Ing. Schule zu erreichen,
- b) den Hauptschüler zu einem Techniker heranzubilden, der auch künftig den auf uns zukommenden Aufgaben gewachsen ist.

Albert Blanz, Stuttgart.

AUS DEM BEZIRK STUTTGART

Jahreshauptversammlung der VDFP
Bezirk Stuttgart

Am 12. März 1966 fand in der Kantine des Fernmeldezeugamtes Stuttgart die Jahreshauptversammlung der VDFP Bezirk Stuttgart mit Neuwahlen statt.

Leider musste festgestellt werden, dass viele junge Kollegen nicht anwesend waren, und der Großteil der Versammlung aus älteren Kollegen bestand.

Zur Tagesordnung gab der erste Vorsitzende, Koll. Weidle nachfolgende Punkte bekannt.

1. Eröffnung der Jahreshauptversammlung und Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden,
2. Protokoll zur Jahreshauptversammlung 1965
3. Geschäftsbericht des 1. Vorsitzenden
4. Kassenbericht des 1. Kassiers der Bezirksvereinigung Stuttgart und des Kassenführers der Redaktion "Mitteilungsblatt".
5. Bericht der Kassenprüfer
6. Entlastung der Kassiere
7. Bericht über die Arbeit beim Hauptvorstand in Frankfurt/M.,
8. Aussprache zu 7.,
9. Anträge zur Jahreshauptversammlung
10. Wahl des Wahlvorstandes,
11. Entlastung des Bezirksvorstandes,
12. Neuwahl des Bezirksvorstandes,
13. Neuwahl der Kassenprüfer
14. Verschiedenes.

Der 1. Schriftführer verlas das Protokoll der Jahreshauptversammlung 1965.

Koll. Weidle gab anschliessend einen Rechenschaftsbericht der Bezirksvereinigung Stuttgart.

Der Bericht umfasste den Zeitraum vom 30. Januar 1965 bis zum 12. 3. 1966. In dieser Zeit trat der Bezirksvorstand zu 14 ordentlichen und 4 ausserordentlichen Sitzungen zusammen. Die durchschnittliche Dauer der Sitzungen betrug

3 Stunden. Hierbei kamen wieder zahlreiche Probleme unserer BfT-Laufbahn zur Sprache. Die Tagesordnungen umfassten u. a. die Technikerzulage, die Ortszuschläge, Änderungsvorschläge zur Ausbildungsordnung und zur Prüfungsordnung, Besprechungen mit der Deutschen Postgewerkschaft und mit Vertretern des Kultusministeriums, Delegiertentagung beim Hauptvorstand in Frankfurt/M. und der Jahresausflug 1965. Der 1. Kassier, Koll. Koch gab uns einen ausführlichen Kassenbericht und wurde anschliessend vom Kassenprüfer Koll. Neuffer entlastet.

Koll. Widmann, Mitglied des Hauptvorstandes in Frankfurt/M. überbrachte der Versammlung die Grüße des Hauptvorstandes und berichtete in einem Referat über die dort anfallende Arbeit.

Über die Neuwahlen der Jahreshauptversammlung berichten wir im nächsten Mitteilungsblatt.

Am Ende der Jahreshauptversammlung dankte Koll. Weidle den Anwesenden für ihr Erscheinen, besonders den auswärtigen Kollegen.

Die Jahreshauptversammlung begann um 14. 30 Uhr und endete gegen 18. 00 Uhr.

J. Sch.

AUS DEM BEZIRK NÜRNBERG

Die Jahreshauptversammlung 1966 der Bezirksvereinigung Nürnberg fand am 6. 3. 66 in der Kantine des FA 2 Nürnberg unter Beteiligung der Koll. aus dem gesamten OPD Bezirk statt.

Als Gastredner waren erschienen, der Abt. Präs. 2 der OPD Nbg Herr Dr. -Ing. Pausch und der Vorsitzende der Bezirksverwaltung Nbg der DPG Koll. Frohmader.

Diese beiden Referate werden hier auszugsweise gebracht. Herr Dr. -Ing. Pausch stellt zunächst Betrachtungen zur historischen Entwicklung der Wähltechnik an. Ursprünglich stellten sich die Teilnehmer und das Personal gegen die Automatisierung. Das ist jetzt überholt. Im OPD Bezirk Nürnberg werden 98 % aller Ferngespräche im SWFD hergestellt. Die Teilnehmer haben sich an die Selbstwahl gewöhnt und drängen sogar den Ausl. SWFD einzuführen. Beim heutigen Umfang des Fernsprechverkehrs wäre ein handvermittelter Betrieb nicht mehr denkbar. Allein in Nürnberg würden 1 000 Vermittlungskräfte benötigt, um den Verkehrsanfall zu bewältigen. Auf dem Leitungssektor wäre heute ein Betrieb ohne TF- und Richtfunk-Technik nicht mehr möglich. Das durch diese Umstellungen frei werdende Personal wurde anderweitig untergebracht. Die Zukunft wird eine Entwicklung der Technik von der Mechanik zur Elektronik bringen. Die Direktverfahren werden zurückgedrängt, Register und zentrale Schaltglieder rücken in den Vordergrund. Die bisherige Technik wurde vom Personal gut beherrscht. Jetzt werden die Schaltungen komplizierter. Es wäre falsch zu verlangen, dass jeder sämtliche Richtungen der Fernmeldetechnik beherrschen soll, das wäre zu viel verlangt und die Leute wären überfordert. Die Elektronik kommt und zumindest die Jungen werden sich damit auseinandersetzen müssen. Wir haben uns an die Röhre gewöhnt, wir werden uns auch Faustregeln zum Umgang mit Transistoren aneignen müssen und können. Zum Umgang mit Transistoren nur Ingenieure zu verwenden, ist unmöglich und unwirtschaftlich. Am Anfang werden mehr Ingenieure benötigt.

Durch das mengenmässige Anwachsen dieser Einrichtungen wird zur Unterhaltung mehr Personal gebraucht werden. Hier wird man dann BfT Kräfte einsetzen, die auf Spezialgebiete ausgerichtet werden. Die Ingenieure sind Allroundmänner und kennen nicht alle Einzelheiten. Auch in Zukunft werden die BfT Kräfte auf ihrem Spezialgebiet den Ing. und Dipl. Ing. überlegen sein. Komplizierte Einrichtungen werden an zentralen Stellen eingesetzt und von Spezialisten betreut. Die Verantwortung wird allerdings größer, denn wenn ein zentrales Glied ausfällt, sind die Auswirkungen umfassender und es werden größere Gebiete beeinträchtigt.

Die Fernwahl-Technik 62 wird z. Z. von den BfT Kräften bestens beherrscht und die Elektronik wird nach ihrer verbreiteten Einführung ebenso beherrscht werden.

Koll. Frohmader schildert zunächst wie es zu den Beförderungsmaßnahmen, die im vergangenen Jahre angelaufen sind gekommen ist. Wegen den günstigeren Planstellenkegeln bei den Ländern und Gemeinden sah sich die DPG vor die Frage gestellt, einen besseren Stellenkegel und damit andere Dienstpostenbewertungen zu fordern oder eine allgemeine Gehaltserhöhung anzustreben. Nachdem die Länder und die Gemeinden bereits den Weg der Planstellenanhebungen beschritten hatten und wegen des Haushaltssicherungsgesetzes eine größere Besoldungserhöhung nicht möglich war, forderte die DPG den Drei-Stufenplan zur Verbesserung der Planstellenkegel. Die 2. Stufe wird trotz Sparmaßnahmen durchgeführt. Wenn die Beförderungen der 3. Stufe, die 1967 heransteht durchgeführt sind, werden 2/3 aller Beamten in den Genuß einer Beförderung gekommen sein. Die Bundesbediensteten haben gegenüber vergleichbarer Berufe der freien Wirtschaft einen Besoldungsrückstand von 13 %. Wegen der Hinausschiebung der Besoldungserhöhung von 4 % auf Okt. sind aus den angekündigten 8 % auf das Jahr bezogen 5 % geworden.

Die Technikerzulage soll nach Ansicht der DPG allen Technikern vom einfachen bis zum höheren Dienst zugebilligt werden.

Es steht noch nicht fest, ob eine besoldungsmässige- oder laufbahnmäßige Verzahnung kommen wird. Das Sachverständigengutachten über die Wirtschaftlichkeit der DBP sieht u. a. Umwandlung von Beamten- in Angestelltenposten, Verminderung der OPD Bezirke von 22 auf 15 nur für den reinen Postdienst, Rationalisierung auf allen Gebieten und Umgestaltung des BPM vor. Die DPG wird sich eingehend mit diesem Gutachten befassen um zu verhindern, dass Maßnahmen durchgeführt werden, die nicht im Interesse der Verwaltung und des Personals sind.

Der 1. Vorsitzende der Bez. Vereinigung Nürnberg Koll. Lankes gab in seinem Bericht Aufschluß über die Tätigkeit der Vorstandschaft, die Arbeit des 5er-Ausschusses der Bezirksvereinigung Nürnberg und des Hauptvorstandes der VDFP in Frankfurt. Nach den Berichten des 1. Vors., des Kassensführers und der Kassenrevisoren wurde der Vorstandschaft Entlastung erteilt.

Bei den Neuwahlen wurde die alte Vorstandschaft einstimmig wiedergewählt. Sie setzt sich folgendermaßen zusammen:

- 1. Vorsitzender: Koll. Lankes
 - 2. Vorsitzender: Koll. Kürschner
 - 1. Kassier: Koll. Kohler
 - 2. Kassier: Koll. Beer
 - 1. Schriftführer Koll. Mathes
 - 2. Schriftführer Koll. Fälschle
 - Beisitzer: Koll. Stöcklein und Frank
- Mathes, 1. Schriftführer, Nürnberg

BEZIRKSVEREINIGUNG FRANKFURT/M.

Die Jahreshauptversammlung der Bezirksvereinigung Frankfurt/Main ist für Mitte Mai vorgesehen. Wir bitten unsere Mitglieder die persönliche Einladung hierzu besonders zu beachten.

Es wird erneut darauf hingewiesen, dass der Mitglieder-Arbeitskreis nach wie vor am 2. und 4. Dienstag jeden Monats seine Zusammenkünfte abhält.

Der Hauptvorstand an die Vorstände der Bezirksvereinigungen:

Es ist vorgesehen, die satzungsgemässe Deligiertentagung für Ende April nach Frankfurt/Main einzuberufen. Bis Redaktionsschluss konnte der genaue Termin noch nicht festgelegt werden. Die Bezirksvereinigungen werden bei Übersendung des Geschäftsberichtes über den genauen Zeitpunkt und den Ablauf der Tagung unterrichtet. Wir bitten, sich für den angegebenen Zeitraum einzurichten und Anträge zur Tagung rechtzeitig dem Hauptvorstand zuzuleiten.

PERSÖNLICHES

Auf eine Dienstzeit von 40 Jahren dürfen zurückblicken die Kollegen

TFHS von Fleischbein, Hans, FA Kaiserslautern
Günther, Karl, FZA Stuttgart
Hamberger, Gustav, FZA Stuttgart
Haseneier, Josef, FA Gießen
Külbs, Martin, FA Neustadt/Weinstrasse
Kuhn, Hugo, FA 1 Stuttgart
Regneri, Erich, FA Gießen
Reichert, Heinrich, Saarbrücken
Sammelbeck, Erwin, FA Neustadt/Weinstrasse
Winter, Erich, FA 1 Stuttgart

TFOS Allert, Julius, FZA Stuttgart
Hoffmann, Friedrich, FA Neustadt/Weinstrasse

Eine Dienstzeit von 25 Jahren haben vollendet die Kollegen:

TFHS Haubert, Franz, Saarbrücken
Hennefarth, Kurt, FA Heilbronn
Klenk, Walter, FA Ulm/Donau
Kloos, Georg, FA Ulm/Donau
Rink, Peter, Saarbrücken
Schmid, Erich, FA 2 Stuttgart
Weidle, Adolf, FA 1 Stuttgart
TFOS Back, Richard, FA Schwäbisch Hall
Cami, Karl-Heinz, Saarbrücken
Essich, Helmut, FA Ulm/Donau
Herter, Josef, FA 2 Stuttgart
Krimmel, Walter, FBA Stuttgart
Oberhauser, Albert, Saarbrücken
Sperr, Heinz, FA Heilbronn
Wachter, Franz, OPD Stuttgart
Werz, Wendelin, FA Ulm/Donau

Allen Jubilaren gratulieren wir herzlich zu ihrem Ehrentage und wünschen ihnen auch weiterhin alles Gute und viel Erfolg.

In den wohlverdienten Ruhestand ist ab 1. 3. 1966 der Kollege Wilhelm Althenn, TFHS beim FA 2 Frankfurt/M., nach Erreichen der Altersgrenze getreten. Seinen 70. Geburtstag konnte am 6. 4. 1966 in Annweiler der TFHS a. D. Ludwig Derwand feiern.

Auch hierzu wünschen wir vor allem Gesundheit und einen frohen Lebensabend.

Die Eignungsfeststellung für den Aufstieg in den gehobenen fernmeldetechnischen Dienst hat der Kollege Walter Muntermann, bisher TFHS beim FA Ulm/Donau, mit Erfolg abgelegt. Hierzu gratulieren wir ihm herzlich und wünschen ihm viel Glück auf seinem weiteren Lebensweg.

Herausgeber:

Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post (BfT) e. V.,
Hauptvorstand 6 Frankfurt/Main, Postfach 3104.

Redaktion:

Josef Schumschal, Schriftführung,
Adolf Schmauder, Kassenführung,
7 Stuttgart 1, Postfach 1326
Postscheckkonto Stgt 937 00.



NACHRICHTEN

Mitteilungsblatt der Vereinigung
Deutscher Fernmeldetechniker Post (BfT)e.V.

1966

SEPTEMBER

Nr. 5

DER HAUPTVORSTAND

befasste sich in seiner Sitzung am 11. und 12. Juni 1966 in Frankfurt (Main) mit den Auswirkungen des Dreistufenplans nach Inkrafttreten der zweiten Stufe. Angesichts der dadurch entstandenen Situation wurde nachstehendes Exposé verfasst, welches unverzüglich den massgebenden Institutionen der Bundesregierung, des Postverwaltungsrates und des Bundestages zugestellt worden ist.

EXPOSÉ

"Die Auswirkungen des Dreistufenplanes auf den mittleren fernmeldetechnischen Dienst (BfT) bei der Deutschen Bundespost nach Inkrafttreten der zweiten Stufe."

Der Dreistufenplan oder die Harmonisierungs-Novelle, wie sie anfänglich genannt wurde, ist mit einem zu diesem Zweck neu erstellten Tätigkeitskatalog am 1. Mai 1965 in Kraft getreten. In allen diesbezüglichen Veröffentlichungen wurde herausgestellt, dass es sich hierbei um eine Harmonisierung der Stellenpläne zwischen Bund und Länder handele, da sich die Stellenpläne des Bundes und der Länder zum Nachteil der Bundesbeamten sehr unterschiedlich entwickelt hatten. Eine gerechte Angleichung soll mit der Harmonisierungs-Novelle in drei Stufen - und zwar in den Jahren 1965, 1966 und 1967 - herbeigeführt werden.

Heute, nach der fast abgeschlossenen zweiten Stufe, hat man jedoch den Eindruck, dass - entgegen der ursprünglichen Darstellung - eine weitgehende Gleichstellung der Stellenschlüssel aller mittleren Laufbahnen auf gleicher Ebene, welche Strukturunterschiede sowie abweichende Personalfuktuation aufweisen, zwangsläufig sind und sein müssen, wenn für alle Beamten gleiche Beförderungsaussichten bei gleichem Lebensalter gewährleistet sein sollen. Das sollte schliesslich auch mit dem Dreistufenplan erreicht werden.

Die Personalfuktuation im weiblichen Dienst z.B. ist weitgehendst durch Eheschliessungen bestimmt. Das frühe Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess ist in vielen Fällen für die weiblichen Kräfte eine feststehende Tatsache.

Die männlichen Bediensteten dagegen bleiben fast durchweg auf die Dauer ihrer Arbeitsfähigkeit, also auf lange Zeit,

dem Arbeitsprozess erhalten. Es ist möglich, diese Tatsachen statistisch zu erfassen und sie müssen bei Erstellung der Stellenpläne berücksichtigt werden, wobei es selbstverständlich ist, dass in den Stellenschlüsseln auch noch weitere Faktoren zu berücksichtigen sind. Es ist jedoch ein großer Irrtum, anzunehmen, dass mit paritätischen Stellenschlüsseln das Problem der gleichen Chance gelöst ist. Vielmehr stellt die Gleichheit der Stellenschlüssel einen groben Verstoß gegen soziale wie auch ökonomische Erkenntnisse und Forderungen dar.

In keiner Weise wurde bis jetzt dargestellt, wie die Stellenpläne der Laufbahn des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes (BfT) gegenüber den Stellenplänen der Laufbahnen des mittleren nichttechnischen Dienstes vor und nach dem 1. Mai 1965 ausgesehen haben bzw. aussehen werden. Aus einer solchen Gegenüberstellung ist nämlich ersichtlich, in welcher unterschiedlichen Prozentsätzen die Stellenpläne des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes (BfT) verbessert wurden. Bei Anwendung einer solchen Vergleichsmöglichkeit hätte festgestellt werden können, dass die Stellenpläne für den mittleren nichttechnischen-Dienst für eine Beförderung-BesGr nahezu um 500 v.H. im mittleren fernmeldetechnischen Dienst (BfT) aber nur um etwa 80 v.H. verbessert wurden.

Die im Dreistufenplan besonders herausgestellte Besserstellung des mittleren technischen Dienstes (BfT) - mit einem Stellenschlüssel für die beiden Spitzenstellungen A 7 und A 8 von 5 v.H. - war vor dem 1. Mai 1965, also vor dem Inkrafttreten des Dreistufenplanes, um ein vielfaches günstiger. Auf diese sogenannte Besserstellung um 5 v.H. könnte, gemessen an dem was vor dem 1. Mai 1965 für den mittleren technischen Dienst (BfT) Gültigkeit hatte, verzichtet werden. Durch einen solchen Verzicht bliebe der mittlere fernmeldetechnische Dienst dann wenigstens vor unzutreffenden Vorstellungen bewahrt, da von einer Besserstellung tatsächlich nicht gesprochen werden kann. Das Gegenteil ist der Fall; der mittlere fernmeldetechnische Dienst ist wieder einmal eindeutig benachteiligt worden. Durch geschickt formulierte Verlautbarungen und im Überschwang der tatsächlich ausgesprochenen Beförderungen, wurde von den im Schatten der Ereignisse sich vollziehenden Ungerechtigkeiten abgelenkt. Die Gleichschaltung in dem wesentlichsten Punkt, nämlich in der Gestaltung der Stellenschlüssel, ist nahezu vollzogen.

Dabei ist es bedauerlich feststellen zu müssen, dass so wesentliche Faktoren wie eine abgeschlossene, öffentlich voll anerkannte Berufsausbildung und die zusätzlichen Ausbildungszei-

ten bei der DBP sowie die unterschiedlichen Laufbahndurchlaufzeiten, die für eine eindeutige Heraushebung durch einen echt verbesserten Stellenschlüssel für den mittleren technischen Dienst (BFT) ins Gewicht fallen müssten, keine Berücksichtigung gefunden haben. Völlig außer acht gelassen wurde für den genannten Dienstzweig eine leistungsgerechte Besoldung. Alles in allem, der Dreistufenplan, der mit so viel Hoffnung erwartet wurde, ist für den mittleren technischen Dienst (BFT) - wenigstens bis jetzt - eine einzige große Enttäuschung. Viele der betroffenen Laufbahnkollegen betrachten diesen Dreistufenplan als eine politische bzw. besoldungspolitische Maßnahme.

Zur Untermauerung der vorstehenden Ausführungen sollen einige nachfolgende Beispiele dienen, die repräsentativ Geltung für das Bundesgebiet haben und beweisen sollen, welche Diskriminierung der Dreistufenplan gebracht hat.

Beispiele aus verschiedenen Ämtern:

Bes Gr	mittl. techn. Dienst (BFT)	
	Dp vor dem	Dp nach dem
	1. Mai 1965	1. Mai 1965
A 7	62 = 26,6 %	90 = 36,0 %
A 7	22 = 16,1 %	42 = 32,2 %
A 8	23 = 9,8 %	47 = 18,8 %
A 8	19 = 13,8 %	26 = 17,6 %

Bes Gr	mittl. nichttechn. Dienst	
	Dp vor dem	Dp nach dem
	1. Mai 1965	1. Mai 1965
A 7	89 = 9,8 %	380 = 44,5 %
A 7	55 = 10,2 %	265 = 46,7 %
A 8	47 = 5,3 %	121 = 14,2 %
A 8	23 = 4,2 %	74 = 13,1 %

Weiterhin wurden zu Anfang dieses Jahres, nach der ausgetretenen Beförderungsaktion 1966, von einer großen Kräftegruppe (Fernmeldesekretären, Fernmeldesekretärinnen und Technischen Fernmeldesekretären) Vergleichszahlen über das durchschnittliche Lebensalter mit nachstehendem, aufschlussreichen Ergebnis ermittelt. Hiernach betrug zu diesem Zeitpunkt das durchschnittliche Lebensalter bei den

Fernmeldesekretären = BesGr. A 6
 Fernmeldesekretärinnen = 32 Jahre
 Techn. Fernmeldesekretären = BesGr A 6
 = 37,8 Jahre

Dabei läßt sich absehen, dass dieses Lebensalter in den Laufbahnen des mittleren nichttechnischen Dienstes im Lauf der Jahre noch weiterhin erheblich absinken wird. (Die 25jährige Obersekretärin wird im Fernmeldedienst keine Ausnahme sein, sondern die Regel darstellen, wenn man davon ausgeht, dass die Bewerberinnen im Alter von 16 Jahren bei der DBP ein-

treten. Ein mit 15 Jahren bei der DBP eingetretener Fernmeldelehrling dagegen kann bestensfalls, wie vorstehende Beispiele beweisen, im Alter von 24 Jahren mit einer Beförderung zum Technischen Fernmeldesekretär rechnen; eine Beförderung zum Technischen Fernmeldesekretär steht für ihn in weiter Ferne.)

Bei näherer Betrachtung der unterschiedlichen Verhältnisse in Bezug auf die jeweilige Differenz zwischen Dienstposten und Planstellen (Stellenpuffer) im mittleren nichttechnischen Dienst zum mittleren technischen Dienst ist unschwer zu erkennen, dass das Beförderungsalter im mittleren nichttechnischen Dienst weiter wesentlich absinken wird d.h. sich noch günstiger gestaltet, während im BFT-Dienst - beim Fortbestehen der derzeitigen Verhältnisse - nur eine geringfügige Verbesserung des Beförderungsalters erwartet werden kann. Die Richtigkeit dieser äußerst betrügerischen Erkenntnis soll mit einigen aus der Praxis bekanntgewordenen Fällen, von dem jeder einzelne Fall als sehr bedenklich zu bezeichnen ist, veranschaulicht werden.

Ein Technischer Fernmeldesekretär, der in langjähriger Dienstzeit fachliche Erfahrung gesammelt und sich dienstlich durchaus bewährt hat, keinesfalls jedoch erst spät bei der DBP eingetreten ist, stand bei der Beförderungsaktion 1966 (2. Stufe des Dreistufenplans) vor dem unglaublichen Ereignis, dass seine eigne Tochter zur Obersekretärin (BesGr A7) befördert wurde, er selbst aber wiederum unberücksichtigt und in seiner BesGr A 6 - als Technischer Fernmeldesekretär - verbannt blieb.

Welche Gedanken und Zweifel an der Gerechtigkeit im weitesten Sinne bei einem solch Betroffenen auf kommen, ganz zu schweigen von dem nicht minder einzuschätzenden Autoritätsverlust in der Familie, bleibt dem unvoreingenommenen Betrachter vorbehalten.

Die nun folgende Übersicht veranschaulicht, welche unterschiedliche Möglichkeiten für die Planstellenbesetzung in der 3. Stufe des Dreistufenplanes zu erwarten sind.

mittlerer techn. Dienst

Bes Gr.	vor dem 1. Mai 1965 mit besetzt		vor dem 1. Januar 1966 mit besetzt	
	Dp	Planstellen	Dp	Planstellen
	A 7	20	22	42
A 8	19	10	26	20

mittlerer nichttechn. Dienst

Bes Gr.	vor dem 1. Mai 1965 mit besetzt		vor dem 1. Januar 1966 mit besetzt	
	Dp	Planstellen	Dp	Planstellen
	A 7	55	36	265
A 8	23	13	74	31

Bezeichnend sind die Verhältnisse bezüglich der Planstellenbesetzung im mittleren nichttechnischen Dienst der BesGr A 7 nach dem 1. Januar 1966, wie das obige Beispiel zeigt. Trotz Beförderung aller zur Verfügung stehenden beamteten Kräfte war es nicht möglich, die Abdeckung der 265 Dienstposten durchzuführen. Die verbliebenen freien Dienstposten wurden mit Angestellten besetzt!

Viele junge, weibliche Kräfte - im Alter von 19 oder 20 Jahren - haben somit einen Beamtenposten A 7 (FOSn) inne und werden dementsprechend nach dem Angestelltentarif (TOA) eingestuft.

Diese jungen Angestellten erhalten also mit 19 oder 20 Jahren die vergleichbaren Bezüge einer Obersekretärin!

Diese extreme Möglichkeiten, die in solchem Ausmaß und mit derartigen Auswirkungen jeder Personal- und besoldungspolitischen Vernunft widersprechen, waren vor dem 1. Mai 1965 - also vor dem Inkrafttreten des Dreistufenplanes - auf ganz bestimmte Einzelfälle beschränkt.

Die jetzt entstandene Situation, mit einer teilweisen Aufwertung bis zu 500 % in der BesGr A 7 für den mittleren nichttechnischen Dienst, hätte gerade wegen der bekannten Fluktuation bei den weiblichen Bediensteten vorausgesehen werden müssen.

Jedenfalls ist von Gerechtigkeit dann nicht mehr zu sprechen, wenn diejenigen, die bei der DBP mit dem vorgefassten Entschluss eintreten ihre Arbeitskraft der Verwaltung nur kurzzeitig zur Verfügung zu stellen, noch belohnt werden, während die Bediensteten, die der DBP seit Jahrzehnten treue Dienste leisten und infolge Personalmangels jederzeit bereit sind Mehrleistungen auf sich zu nehmen, Benachteiligungen am laufenden Band hinnehmen müssen.

Alle Versuche, einem 35jährigen, verheirateten technischen Beamten (BfT) mit einer Dienstzeit von 15 Jahren und mehr über die vorstehend, geschilderten Tatsachen hinweghelfen zu wollen, müssen scheitern.

Einem derartig mit Recht verbitterten Betroffenen muss es einfach unverständlich bleiben, dass ihm, gemessen am Lebens- und Dienstalter sowie nach seiner dienstlichen Bewährung, die verdiente Beförderung zum TFOS und somit die entsprechenden Bezüge vorenthalten werden, während die 19jährige, jedige Angestellte mit einer vierteljährigen Ausbildung auf einem nach BesGr A7 bewerteten Beamtenposten eingesetzt ist und demzufolge nach der TOA die vergleichbaren Bezüge einer Obersekretärin erhält.

Wen sollte es noch wundern, wenn - angesichts dieser Entwicklung - 20jährige, weibliche Angestellte im Jahre 1967 (3. Stufe des Dreistufenplanes) auf Beamtenposten A 8 (FHSn) beschäftigt und dementsprechend entlohnt werden?

Auch die Tatsache, dass Tarifrecht nicht gleich Beamtenrecht ist, vermag die benachteiligten Betroffenen des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes nicht zu überzeugen. Für sie sind Verwaltungsmaßnahmen dieser Art ungerecht, unsozial und familienfremd.

Es bleibt nach wie vor die bedauerliche Tatsache bestehen, dass alle bisher gegebenen Zusicherungen - die Beamten des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes (BfT) entsprechend ihrer Vor- und Ausbildung (letztere insgesamt 7 1/2 Jahre) und den hohen dienstlichen Anforderungen einzustufen und zu behandeln - nicht eingehalten wurden.

Der Dreistufenplan - mit seinen bisherigen Auswirkungen in der 1. und 2. Stufe - ist für den mittleren fernmeldetechnischen Dienst (BfT) mehr als deprimierend. Wir wenden uns deshalb an Sie mit der Bitte, die in diesem Exposé angeführten Argumente ernsthaft zu prüfen und dafür Sorge zu tragen zu wollen, dass Benachteiligungen und Unrecht - bis zum Inkrafttreten der 3. Stufe des Dreistufenplanes - weitgehendst beseitigt werden.

Frankfurt/Main, im Juni 1966

Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker
Post (BfT) e. V.

Der Hauptvorstand

AUS DEM BEZIRK SAARBRÜCKEN

Am 1. Juli 1966 fand in Saarbrücken unsere Jahreshauptversammlung statt.

Auf der Tagesordnung stand u.a. die Neuwahl des Vorstandes. Nach der Wahl des Wahlvorstandes dankte der Koll. Stadtmann dem bisherigen Bezirksvorstand für seine geleistete Arbeit.

Insbesondere wurde hervorgehoben, dass durch die Mitarbeit vieler Kollegen der Mitgliederstand im letzten Jahr um 25 % erhöht werden konnte. Es waren meist jüngere Kollegen, die der Vereinigung beitrugen.

Der Bezirksvorstand wurde durch die Versammlung einstimmig entlastet. Der neugewählte Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

- | | |
|------------------|-------------------------|
| 1. Vorsitzender | Koll. Richard Neusius |
| 2. Vorsitzender | Koll. Oskar Gerstner |
| 1. Schriftführer | Koll. Benno Bommersbach |
| 1. Kassierer | Koll. Alfons Serwe |
| 1. Beisitzer | Koll. Rudi Raber |
| 2. Beisitzer | Koll. Werner Korn |

Als Kassenprüfer wurden die Kollegen August Geppert und August Mattes gewählt.

PERSÖNLICHES

Eine Dienstzeit von 40 Jahren haben vollendet die Kollegen

Heinrich Günter FA 1 Hannover

Walter Bosseld FA 2 Hannover

**KURZREFERAT DES KOLL.
RUDOLF KLEIN, FTZ DARMSTADT
ANLÄSSLICH DER ORDENTLICHEN
JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG AM
12./13. MAI 1966 IN FRANKFURT/M.**

Automatisierung und Rationalisierung bei der DBP aus der Sicht des mittleren technischen Dienstes.

Wenn man den Prophezeihungen mancher Berufsskeptiker glauben will, dann sind wir in 20 Jahren alle arbeitslos. Und schuld daran wird die fortschreitende Automation sein. Mit Vokabeln wie Vollautomatisierung, Datenverarbeitungs-
maschine, Elektronengehirn, Computer, Roboter u.ä. versucht man, - vor allem unter Hinweis auf die bedrohliche Entwicklung in den USA - den einstweilen noch voll- und überbeschäftigten Bundesbürger zu schrecken. Die das Begriffsverständnis der meisten Laien übersteigenden Fähigkeiten moderner Elektronikwunder werden in einer Weise dargestellt, dass man sich am Ende ängstlich fragt:

wie soll das weitergehen? - Jeder kennt die furchteinflößenden Bilder, auf denen ein Mann in weißem Arbeitskittel vor Hekatomben von Knöpfen, Skalen, Hebeln, Meßinstrumenten und Schautafeln sitzt, mit deren Hilfe er die gesamte Produktion eines Betriebes steuert.

Ist es nun wirklich so, dass die Automation über kurz oder lang unser aller Existenz bedroht? Verdrängt die Maschine den Menschen?

Da man angesichts der Automation von der "zweiten - oder gar dritten-" industriellen Revolution spricht, verlohnt es, die "erste" und ihre Auswirkungen kurz zu streifen. Was heute die Automaten sind, waren im letzten Jahrhundert die Maschinen. Die Webmaschine machte einige Tausend Handweber arbeitslos - dafür zählen die Beschäftigten der modernen Textil (trotz Automation) nach Hunderttausenden. Die Dampfmaschine, die Eisenbahn, ruinierten einige Tausend Postkutscher - heute arbeiten Millionen im Verkehrsgewerbe.

Die Beispiele lassen sich beliebig fortführen und beweisen nur eines: die von den Geschädigten so heftig bekämpften Teufelsmaschinen des vorigen Jahrhunderts waren die Keimzellen gewaltiger Wirtschaftszweige, die wenig später einer Vielzahl von Menschen Arbeit und Brot gaben. Von Einzelfällen abgesehen, führte die Erfindung der Maschine nicht nur Arbeitslosigkeit, sondern nur dazu, dass viele einer anderen Tätigkeit nachgehen mussten.

Mit den Augen des Volkswirtes sieht das so aus: eine Maschine vermag billiger zu schaffen als der Mensch, bei gesunder Konkurrenz sinkt folglich der Preis der Ware. Sind die Preise niedrig, so steigt die Nachfrage. Gesteigerte Nachfrage schliesslich führt zu höherer Produktion - neue Absatzmärkte und Käuferkreise werden erschlossen, mehr Menschen finden Arbeit-. Wer eine Küche aus der Zeit um 1850 mit einer der heutigen "vollautomatischen" Küchen vergleicht, erkennt, dass dieses Grundgesetz des technischen Fortschritts stimmt.

Alle früheren Maschinen sind Automaten - mag man einwenden - ersetzen die menschliche oder tierische Arbeits-

kraft - nun aber haben wir es mit Automaten zu tun, die Geisteskraft ersetzen oder gar überbieten. Die Elektrogenieure, die 30 000 Rechenoperationen in der Sekunde ausführen, schwierige Texte in fremde Sprachen übertragen oder die Datenverarbeitungsmaschinen, die in Innsbruck und Tokio am Werk waren (Olympische Spiele) haben nichts mehr mit einer Lokomotive oder einer Webmaschine zu tun. - Wenn ein einziger Rechenautomat eine Abteilung von 300 Angestellten arbeitslos machen kann, so müssen wir doch bald an den Punkt kommen, da wir ein Opfer der Roboter werden. In den USA, wo die Automation am weitesten fortgeschritten ist, gibt es annähernd 5 Mill. Arbeitslose. Über 2 Mill. Menschen verlieren jährlich ihren Arbeitsplatz durch die Automation, wie Fachleute feststellten.

In der Tat: die Amerikaner beschäftigen sich mit diesen Problemen weitaus mehr als wir. Ihre Angst vor der Automation wird - laut Umfrage - nur noch vor der Furcht vor einem Atomkrieg übertroffen.

Ist also doch etwas "dran"? Stimmen die Vergleiche mit der "ersten" industriellen Revolution nicht?

Zunächst einmal: die USA stehen mit dieser Entwicklung allein in der Welt. Die Industriestaaten Europas oder auch Japan, kennen kein Problem der Arbeitslosigkeit, obwohl auch da ganz munter rationalisiert und automatisiert wird. In der Bundesrepublik leben mehr als eine Million Gastarbeiter; dennoch sind 400 000 Stellen "offen".

In den meisten Industriestaaten ist es also gerade umgekehrt wie in den USA und die Frage drängt sich auf, ob nicht andere Ursachen für die hohe Zahl von Arbeitslosen jenseits des großen Teiches verantwortlich sind.

Amerikanische Volkswirtschaftler haben sich eingehend mit dieser Frage befasst und festgestellt, dass dem tatsächlich so ist. Sie ermittelten eine Reihe von Gründen, die nichts- oder nur sehr mittelbar mit der Automation zu tun haben. Obschon die Situation hüben und drüben nicht vergleichbar ist, können wir Lehren aus den Erkenntnissen und Erfahrungen der USA ziehen.

Wir sollten erkennen, dass eine solide Schul- und Berufsausbildung die beste Sicherheit gegen die "Gefahren" der Automation bildet. Es ist unschwer abzusehen, welche Berufe der Automation über kurz oder lang zum Opfer fallen werden und welche eine Zukunft haben. Eltern und Erzieher müssen dem Rechnung tragen - aber auch die jungen Menschen selbst, wenn sie vor der Wahl stehen, sofort viel Geld zu verdienen oder noch einige Zeit die Schulbank zu drücken.

Wir brauchen keine übertriebene Angst vor der Automation zu haben. Für den Augenblick in keinem Fall, und für die Zukunft desto weniger, je besser der einzelne gerüstet ist.

(Fortsetzung folgt in der nächsten Ausgabe!)

Gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der V.D.F.P. dar.



NACHRICHTEN

Mitteilungsblatt der Vereinigung
Deutscher Fernmeldetechniker Post (BfT) e.V.

1966

Dezember

Nr. 6



IN DER WEIHNACHTSZEIT

So klar gefegt der Winterhimmel
Von lieben Weihnachtsengelein,
Und in den Strassen ein Gewimmel
Von frohen Menschen, groß und klein
Im kalten Wintersonnenschein.

Die Dächer und die hohen Bäume,
Die blicken alle still verschneit,
Und lauter sel'ge Weihnachtsträume,
Die fliegen durch die Dunkelheit
In aller tiefster Heimlichkeit.

FRÖHLICHE WEIHNACHTEN UND VIEL GLÜCK IM
NEUEN JAHR

wünscht allen Kollegen von nah und fern

Die Redaktion

der Hauptvorstand
Karl Fischer

RÜCKBLICK

von Franz Albert, Ffm/M.

Genau vor einem Jahr - im Dezember 1965 - ist das Informationsblatt der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post (BfT) e. V. mit dem Titel "VDFP- Nachrichten" in der jetzigen Form und Gestaltung erstmalig auf Bundesebene erschienen. Trotz dieser verhältnismässig kurzen Zeitspanne ist festzustellen, dass sich dieses Nachrichtenblatt zur Information unserer Mitglieder bereits bestens bewährt hat. Darüberhinaus ergab sich die erfreuliche Tatsache, dass die VDFP- Nachrichten auch als Werbemittel sehr gut geeignet sind, da die unserer Vereinigung bis jetzt noch fernstehenden Laufbahnkollegen durch dieses Blatt über Sinn und Zweck unseres Zusammenschlusses aufgeklärt werden und ihr Interesse an unserer Arbeit geweckt wird.

Die Vielzahl der aktuellen Probleme, die in dem jetzt auslaufenden Jahr 1966 aufgekommen sind und die uns als Laufbahn des mittleren technischen Dienstes auf das engste berühren, dürften, gemessen an der Aktivität und an dem Arbeitsaufwand des Hauptvorstandes, die Notwendigkeit der Existenz unserer Vereinigung erneut bewiesen haben. An der Daseinsberechtigung unserer Vereinigung hat sich seit deren Gründung vor nunmehr 10 Jahren nichts geändert. Gerade das zweite Halbjahr 1966 hat gezeigt, welche Anstrengungen notwendig sind, um offensichtliches Unrecht von einer Minderheit - als solche ist die Laufbahn des mittleren technischen Dienstes im Gesamtpersonalkörper der Deutschen Bundespost zu betrachten - abzuwenden. Hierzu allerdings sind fachlich und sachlich durchdachte sowie überzeugende Argumente erforderlich.

Wer wollte bestreiten, dass solche den Tatsachen entsprechende Beweise von eignen Laufbahnkollegen, die die jahrelange Diskriminierung ihrer Laufbahn selbst erfahren mussten, am nachhaltigsten erbracht werden können. Allerdings sind wir uns als BfT-Vereinigung auch der Grenzen bewußt, die unseren Bemühungen gesetzt sind.

Bei jeder Gelegenheit haben wir erklärt - und wir wiederholen diese Erklärung immer wieder - dass wir als BfT-Vereinigung gegenüber den Gewerkschaften und Verbänden niemals beabsichtigen als Konkurrenz aufzutreten. Das wäre aufgrund der Konstellation unserer Vereinigung auch nicht möglich. Wir sind uns bewußt, dass allgemeine beamtenrechtliche und personalpolitische Fragen nur von den zuständigen großen Gewerkschaften und Verbänden wirkungsvoll vertreten werden können. Soweit hierbei unsere Mitarbeit als Vereinigung erforderlich werden sollte, sind wir selbstverständlich auch hierzu jederzeit bereit.

Das Schwergewicht unserer Arbeit aber muss und wird wie in der Vergangenheit so auch in Zukunft auf der Wahrnehmung der Interessen der Laufbahnkollegen des mittleren technischen Dienstes liegen. In dieser Angelegenheit werden wir uns als Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post (VDFP) was Aktivität betrifft von niemanden übertrumpfen lassen. In diesem Fall

nehmen wir für uns die demokratische Freiheit voll in Anspruch.

In Zusammenhang mit dieser Zielsetzung soll unsere seit Jahren bestehende gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) nicht unerwähnt bleiben. Es ist erfreulich feststellen zu können, dass sich die Arbeitsgemeinschaft zwischen den Hauptvorständen der DPG und der VDFP in jeder Beziehung bewährt hat.

Was hat das zu Ende gehende Jahr 1966 für die Beamten allgemein und für den mittleren technischen Dienst im besonderen gebracht? Im Ganzen gesehen ist die Bilanz für den mittleren technischen Dienst nicht besonders erfreulich. Es ist im Rahmen dieser Ausführungen leider nicht möglich nennenswertesten Ereignisse im abgelaufenen Jahr und deren Auswirkungen, soweit sie die Interessen des BfT-Dienstes berühren, in allen Einzelheiten darzustellen. Eine solch eingehende und sicher auch für alle unsere Kollegen interessante Darstellung voll der Veröffentlichung in den nachfolgenden VDFP- Nachrichten vorbehalten bleiben.

Deshalb sollen die erwähnten Ereignisse nachstehend auch nur in Kurzform kommentiert werden.

Zu Beginn des Jahres 1966 wurde die Änderung der Ausbildungsvorschriften für den BfT-Dienst durchgeführt womit auch gleichzeitig eine Verkürzung der Ausbildungszeit von bisher 6 1/2 auf künftig 4 Jahre verbunden war. So sehr diese Verkürzung der Ausbildungszeit einerseits zu begrüßen ist, so hat sie andererseits durch eine überraschende Einberufung zu den Prüfungen in vielen Fällen zu Härten geführt. Durch einen kontinuierlicheren Übergang hätte nach unserer Ansicht mancher dieser Härtefälle vermieden werden können. Es ist ausserdem schon jetzt vorauszusehen, dass durch die verkürzte Ausbildungszeit der Schwierigkeitsgrad der Ausbildung selbst wesentlich erhöht wird.

Die längst fällige Besoldungserhöhung um jeweils vier Prozent am 1. April und am 1. Oktober 1966 wurde sicher von allen Kollegen begrüßt. Kommentar ist also überflüssig.

Der Entwurf der Bundesregierung zum 3. Besoldungsänderungsgesetz wurde im Jahre 1966 im Bundestag nicht mehr behandelt. Die parlamentarischen Beratungen sollen nunmehr am 1. April 1967 beginnen. Was bei der Finanzmisere des Bundes und der zu erwartenden Stabilisierungsgesetzgebung für die Beamten herauskommt bleibt abzuwarten.

Der Dreistufenplan oder auch Harmonisierungsnovelle genannt ist, wie bekannt, am 1. Mai 1965 in Kraft getreten. Dieser Plan wurde mit seiner ersten Stufe noch im gleichen Jahr, mit der zweiten Stufe im Juli 1966 wirksam. Die Auswirkung der dritten Stufe dieses Dreistufenplanes wurde die erneute Benachteiligung des mittleren technischen Dienstes offensichtlich. Deshalb nahm der Hauptvorstand der VDFP unverzüglich in einem umfassenden Expose, betitelt "Die Auswirkungen des Dreistufenplanes auf den mittleren fernmeldetechnischen Dienst (BfT) bei der Deutschen Bundespost nach Inkrafttreten der zweiten Stufe", Stellung.

Dieses Exposé wurde mit entsprechenden Begleitschreiben dem Minister für Post- und Fernmeldewesen und dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates der DBP sowie einflussreichen Mitgliedern dieses Gremiums zugestellt. Außerdem führten wir in dieser Angelegenheit eingehende Gespräche mit dem Vorsitzenden des Postverwaltungsrates, Herrn Neuburger, und dem Bundestagsabgeordneten Leicht in dessen Eigenschaft als Mitglied des Postverwaltungsrates und Haushaltsexperte der CDU. Die Herren wurden nach Vereinbarung von uns in ihrer Wohnung aufgesucht. Darüberhinaus standen wir in der gleichen Sache im engsten Kontakt mit dem 2. Vorsitzenden der DPG, Kollege Gscheidle, der bekanntlich ebenfalls als einflussreiches Mitglied dem Postverwaltungsrat angehört. Bei allen diesen aufgenommenen Verbindungen konnten wir mit Genugtuung feststellen, dass unser Exposé aufgrund seiner Beweiskraft und Sachlichkeit einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen hat. Es bleibt zu hoffen, dass sich dieser Eindruck auch in der Sache positiv auswirkt. Inzwischen ist das Exposé in den "VDFP-Nachrichten" Nummer 4 vom September 1966 im Wortlaut veröffentlicht worden.

Die im Jahre 1966 laufend im Gespräch gewesene Verzahnung der Laufbahnen wird nun Wirklichkeit werden. Aber leider ist bereits schon vor der Durchführung dieser beabsichtigten Maßnahme festzustellen, dass hierbei das Prinzip der Gleichbehandlung der Laufbahnen wiederum zum Nachteil des BfT-Dienstes durchbrochen wird. Auf Einzelheiten in dieser Angelegenheit werden wir zur gegebenen Zeit noch näher eingehen. In diesem Zusammenhang muss auch das von uns so oft angesprochene Problem, nämlich die Beschäftigung von Kollegen des mittleren technischen Dienstes auf Dienstposten der Laufbahn des gehobenen Dienstes (CfT) erwähnt werden. Immerhin handelt es sich dabei um etwa 1000 Kollegen der BfT-Laufbahn, denen zwar höherwertige Tätigkeit abverlangt wird ohne sie jedoch dafür finanziell entsprechend zu belohnen. Es ist an der Zeit, dass dieses Problem endlich eine gerechte Lösung findet. Die vom Herrn Bundespostminister in seinem Schreiben vom 26. Oktober 1966 erstmalig gegebene Zusage, diese 1000 auf CfT-Dienstposten eingesetzten BfT-Kräfte dem Stellenpuffer der Laufbahn des mittleren technischen Dienstes anzurechnen, können wir nicht als Lösung dieser Angelegenheit betrachten. Insbesondere deshalb, da uns bekannt wurde, dass 15 Prozent der Stellenzulage, die für BfT-Kräfte auf verzahnungsfähigen Dienstposten vorgesehen ist, für die vorgenannten auf echten CfT-Dienstposten beschäftigten BfT-Kollegen abgezweigt werden sollen. Das bedeutet nichts anderes, als dass die Verzahnung von laufbahngerechten Dienstposten des BfT-Dienstes gegenüber anderen Laufbahnen um 15 Prozent verringert werden soll. Wir halten nach wie vor unsere Forderung aufrecht, dass für die auf echten CfT-Dienstposten eingesetzten BfT-Kollegen zusätzliche Planstellen zu genehmigen sind und diese Kollegen gegebenenfalls in den CfT-Dienst übernommen werden sollten.

Nun noch eine Aufgabe, die erst kürzlich auf uns zukam. Die Deutsche Bundespost beabsichtigt ein neues Verfahren zur Dienstpostenbewertung auf analytischer Grundlage einzuführen. Hierzu wurden auch wir als Hauptvorstand der

VDFP durch den Beauftragten des BPM, Herrn OPDir Dr. Kaiser von der OPD Köln gebeten, zu dem bereits vorliegenden Entwurf unsere Stellungnahme abzugeben. Diesem Ersuchen ist der Hauptvorstand mit einer gewissenhaft und sachlich fundierten Stellungnahme nachgekommen. Wir werden auch hierüber Näheres zur gegebenen Zeit bekanntgeben.

Aus den vorstehenden Ausführungen ist ersichtlich, dass es seitens des Hauptvorstandes der VDFP an Aktivität im abgelaufenen Jahr nicht gefehlt hat. Bescheidene Erfolge konnten erzielt werden. Viele und schwierige Aufgaben harren noch der Lösung. Allen Kollegen des Hauptvorstandes und der Bezirksvereinigungen, die an der Bewältigung dieser Aufgaben mitgearbeitet haben sei auf diesem Wege herzlichst gedankt.

Mitteilungen des Hauptvorstandes

1. Der HV hat eine Stellungnahme zu einem neuen Bewertungsverfahren bei der DBP erarbeitet. Diese Stellungnahme wurde dem Beauftragten des BPM, Herrn OPDir Dr. Kaiser zugestellt. Eine Aussprache mit Herrn Dr. Kaiser wird demnächst in Köln stattfinden.
2. Ein Arbeitskreis des HV hat Werbeschreiben, die zum Eintritt von Kollegen in die Vereinigung beitragen sollen, ausgearbeitet. Auch sonstiges geeignetes Material ist zu dem genannten Zweck zusammengestellt worden. Die Bezirksvereinigungen und sonstige Interessenten können bei Bedarf hiervon Gebrauch machen.
3. Im Oktober fand durch Vertreter des HV mit dem Vorsitzenden des Postverwaltungsrates, Herrn Neuburger, in Heidelberg eine Aussprache über Laufbahnprobleme des BfT-Dienstes statt. Das Ergebnis dieser Aussprache kann als äußerst positiv bezeichnet werden.
4. Der HV erarbeitete Vorschläge für Höherbewertungen von BfT-Tätigkeiten zum Tätigkeitskatalog der Ämter des Fernmeldewesens. Diese Vorschläge wurden dem BPM und dem Postverwaltungsrat zugeleitet.
5. Der HV hat einen Arbeitskreis für die Werbung auf Bundesebene gebildet. Die Bezirksvereinigungsverfahren und alle Mitglieder werden um Anregungen und Unterstützung bei Beschaffung von Adressenmaterial ausserhalb des eigenen Bezirks gebeten. Der AK übernimmt selbständig die weitere Bearbeitung des eingegangenen Materials. Zuschriften sind zu richten an den Hauptvorstand der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post (BfT), 6 Frankfurt/Main, Postfach 2032.
6. Mit Schreiben vom 10. August 1966 an den Herrn Minister für das Post- und Fernmeldewesen übermittelte der Hauptvorstand das Exposé über die "Auswirkung des Dreistufenplans auf den mittleren fernmeldetechnischen Dienst bei der Deutschen Bundespost nach Inkrafttreten der zweiten Stufe. Gleichzeitig wurde mit diesem Schreiben ein höherer Stellenschlüssel für den BfT-Dienst gefordert. In seinem ausführlichen Antwortschreiben vom 26.10.66 bestätigt der Herr Minister sein Interesse für das übersandte Exposé und sagte u. a. auch bezüglich eines

verbesserten Stellenschlüssels für den Bft-Dienst seine Unterstützung zu.
Dieser Schriftwechsel mit dem Herr Minister wird demnächst im Mitteilungsblatt veröffentlicht-

BEZIRK. FRANKFURT / MAIN

Der Bezirk Frankfurt veranstaltet am 20. Januar 1967 erstmalig in Kassel für die Koll. des FA Kassel eine Versammlung zu der alle Bft-Kollegen eingeladen sind.

PERSÖNLICHES

In den wohlverdienten Ruhestand wurden versetzt die Kollegen
TFHS Friedrich Schweizer FA Heilbronn,
TFHS Karl Zirlewagen FAZ Stuttgart
Wir wünschen Ihnen einen geruhsamen und gesunden Lebensabend.

DIENSTJUBILÄUM

konnten feiern: **40 Jahre**

TFHS Jean Born	OPD Frankfurt/Main
TFHS Herbert Fischer	FA 1 Frankfurt/Main
TFHS Alfons Kullmann	FA Fulda
TFHS Georg Pornschlegel	FA 1 Stuttgart.

Unseren Jubilaren gratulieren wir herzlich und wünschen ihnen weiterhin alles Gute.

Die Eignungsstellung für den CF-Dienst haben mit Erfolg abgelegt unsere Kollegen
TFHS Richard Kussmal, TFOS Herbert Schaible,
TFOS Siegfried Schmid, alle FA 2 Stuttgart und
TFOS Manfred Küffner, FBA Stuttgart.

Auch hierzu unseren herzlichen Glückwunsch, möge Ihnen auf Ihren weiteren Berufswegen ein voller Erfolg beschieden sein.

=====
Wir bitten die Bezirksvereinigungen

Beiträge für das Mitteilungsblatt bis spätestens
15. Januar 1967 an die Redaktion des Mitteilungs-
blattes einzusenden.
=====

NEUJAHRSWUNSCH

Was wir für Wünsche hegen
Auch in dem neuen Jahr,
Wer geht auf Gottes Wegen
ist glücklich immerdar.
Er nimmt aus Vaterhänden
Die Lust, sowie den Schmerz,
Und seine Blicke wenden
Sich gläubig himmelwärts.
So laß den Herrn dich leiten
Und mögen immerdar
Die Engel dich begleiten,
Auch in dem neuen Jahr.